



Schleswig-Holsteinischer Landtag
Europaausschuss
- LE -

Kiel, 10. Oktober 2011
Landeshaus
Tel. (0431) 5300 1159
(0431) 5300 1142
Fax (0431) 5300 4 1180
Europaausschuss@landtag.ltsh.de

K u r z b e r i c h t

über die

*35. Sitzung des **Europaausschusses***

In Brüssel

Der Europaausschuss führte vom 28.09.-30.09.2011 eine Bereisung nach Brüssel durch.

Beginn der Sitzung: 28.09.2011 um 19.00 Uhr

Der Europaausschuss beschloss zu Beginn seiner Sitzung am Mittwochabend, den Antrag der Fraktionen von SSW und SPD betr. **Stellungnahme des Landtages zur Dänemark-Strategie**, [Drucksache 17/1358](#) (neu), und den dazugehörigen Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE, [Drucksache 17/1561](#), sowie den Antrag der Fraktion der SPD betr. **Dänische EU-Ratspräsidentschaft nutzen**, [Drucksache 17/1478](#), von der Tagesordnung abzusetzen. Ebenfalls abgesetzt wurde der Gesetzentwurf der Fraktion des SSW zur **Minderheiten- und Sprachförderung im kommunalen Bereich**, [Drucksache 17/522](#).

Nach ausführlicher Diskussion verständigte sich der Europaausschuss, den Antrag der Fraktion der SPD betr. **Eine europäische Nordsee-Strategie unterstützen**, [Drucksache 17/1072](#), und den dazugehörigen Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, [Drucksache 17/1175](#), bis zur nächsten Sitzung mit dem Ziel zu vertagen, möglichst einen fraktionsübergreifenden Antrag zu formulieren.

Den Antrag der Fraktion der SPD zur **Europäischen Kulturstrategie**, [Drucksache 17/670](#), empfahl der Ausschuss dem Landtag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und SSW gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE zur Ablehnung.

Der Ausschuss empfahl dem federführenden Umwelt- und Agrarausschuss mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und SSW bei Enthaltung der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE, den Antrag der Fraktion der SPD betr. **Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) der EU nach 2013**, [Drucksache 17/1071](#), abzulehnen. Der Ausschuss empfahl dem federführenden Umwelt- und Agrarausschuss mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stim-

men der Fraktion DIE LINKE bei Enthaltung der Fraktionen von SPD und SSW, den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE betr. **Für eine grundlegende Reform der EU-Agrarpolitik (GAP) ab 2013: Keine öffentlichen Gelder mehr für die Industrialisierung der Landwirtschaft**, [Drucksache 17/1229](#), abzulehnen. Der Ausschuss empfahl dem federführenden Umwelt- und Agrarausschuss weiterhin mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW, bei Enthaltung der Fraktion DIE LINKE, den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betr. **Für eine grundlegende Reform der EU-Agrarpolitik (GAP) ab 2013: Keine öffentlichen Gelder mehr für die Industrialisierung der Landwirtschaft**, [Drucksache 17/1176](#), abzulehnen.

Den Antrag der Fraktion der SPD betr. **Koordination der schleswig-holsteinischen Initiativen in Archangelsk**, [Drucksache 17/1447](#), empfahl der Ausschuss dem Landtag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und SSW zur Ablehnung.

Der Europaausschuss empfahl dem Landtag einstimmig die Annahme der **Vereinbarung von Landtag und Landesregierung über die Unterrichtung und Beteiligung des Landtages in Angelegenheiten der Europäischen Union**.

Der Europaausschuss beschloss, die **Veranstaltung zur polnischen EU-Ratspräsidentschaft** gemeinsam mit der Europa-Union und der Europäischen Bewegung Schleswig-Holstein durchzuführen und kostenteilig zu finanzieren.

Der Europaausschuss bittet die Landesregierung, zu den im Rahmen der Subsidiaritätsprüfung eingegangenen folgenden Dokumenten innerhalb der jeweils laufenden Frist um schriftliche Stellungnahme:

- **Vorübergehende Wiedereinführung von Kontrollen an den Binnengrenzen unter außergewöhnlichen Umständen** (KOM(2011)560 endg.),
- **Einführung eines Evaluierungs- und Überwachungsmechanismus für die Überprüfung der Anwendung des Schengen-Besitzstands** (KOM(2011) 559 endg.),
- **Verwaltungszusammenarbeit mithilfe des Binnenmarkt-Informationssystems („IMI-Verordnung“)** (KOM(2011)522 endg.).

Schluss: 21.00 Uhr

gez. Jutta Schmidt Holländer